

Kantonale Abstimmungen vom 15. Mai 2011

Steuergesetz: Ja zu unserem Gegenvorschlag „eine nachhaltige Steuerstrategie“!

Der Kanton Zürich ist ein attraktiver Standort mit einem führenden Bildungsangebot, vielfältigem Kultur- und Freizeitmöglichkeiten, erstklassigen Verkehrsinfrastrukturen und naturnahen Erholungsräumen. Diese Leistungen kosten und rechtfertigen eine im Vergleich mit Tiefsteuernkantonen leicht höhere Steuerbelastung. In den letzten Jahren haben aber viele Kantone zum Teil massiv Steuern gesenkt und der Kanton Zürich droht ins Hintertreffen zu geraten. Eine angemessene Steuersenkung ist notwendig, um die ganzheitliche Standortattraktivität zu erhalten. Der Handlungsbedarf ist aber nicht so gross, wie die Regierung uns weismachen will. In ihrer Analyse vergleicht die Regierung jeweils die Steuerbelastung in den Kantonshauptorten. Sie müsste aber die jeweils steuergünstigsten Gemeinden der Kantone vergleichen. Dort ist der Handlungsbedarf deutlich kleiner. Stimmen Sie deshalb dem Gegenvorschlag der Grünliberalen für eine Senkung der obersten Progression von 13% auf 12% statt auf 11% zu. Denn nur dieser

- entlastet die Familien steuerlich und
- reagiert angemessen auf die Steuersenkungen in den anderen Kantonen ohne dass
- dem Kanton und den Gemeinden baldige Steuererhöhungen und ein Abbau von Staatsleistungen drohen.

Mit einem Ja zu einer nachhaltigen Steuerstrategie bleibt der Kanton Zürich ein attraktiver und international konkurrenzfähiger Wohn- und Arbeitsort.

Wir Grünliberalen wollen nach der Abstimmung den zweiten Schritt der ursprünglichen Vorlage mit der Änderung des Strassengesetzes umsetzen. Dabei sollen die Gemeindestrassen nach dem Verursacherprinzip aus dem Strassenfonds statt mit allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Damit werden die Gemeinden finanziell entlastet und es entsteht eine echte, nachhaltige und ökologisch sinnvolle Steuerstrategie.



grünliberale
www.nachhaltige-steuern.ch

Fragen rund um unseren Gegenvorschlag „eine nachhaltige Steuerstrategie“

Worin unterscheidet sich die nachhaltige Steuerstrategie von den anderen Vorlagen?

Bei der nachhaltigen Steuerstrategie werden im zweiten Schritt werden die Steuerausfälle in den Gemeinden kompensiert.

Warum sind die Steuerausfälle so wichtig?

Mit der neuen Pflegefinanzierung und der weiteren Umsetzung der Volksschulgesetze kommen zusätzliche finanzielle Belastungen auf die Gemeinden zu. Ohne Kompensation können diese Leistungen nicht mehr bezahlt werden, ohne dass der Steuerfuss erhöht wird.

Warum ist der Steuerwettbewerb wichtig?

Dank dem Steuerwettbewerb gehen die Gemeinden haushälterisch mit ihren Einnahmen um. In Staaten ohne Steuerwettbewerb ist die Gefahr der übermässigen Verschuldung wesentlich grösser.

Warum sollte sich der Kanton Zürich bei den höchsten Einkommen verbessern?

Insbesondere für Personen mit den höchsten Einkommen ist die Steuerbelastung ein wichtiges Kriterium bei der Wohnsitzwahl. Weil diese Personen überdurchschnittlich viel Steuern zahlen, ist es für alle wichtig, dass diese Personen im Kanton Zürich wohnen.

Warum sollte der Kanton Zürich bei den höchsten Einkommen keinen Spitzenplatz einnehmen?

Tiefe Steuern sind nicht das einzige Kriterium für die Wohnsitzwahl, sondern auch gute Verkehrsanbindungen, abwechslungsreiches Kulturangebot, vielfältige Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, attraktive Erholungsgebiete und viele andere Dinge sind auch wichtig und entscheidend für eine hohe Lebensqualität. All dies kostet aber auch, weshalb der Kanton Zürich dafür genügend Geld braucht.

Andere Kantone haben diese Möglichkeiten nicht und konzentrieren sich daher auf eine aggressive Tiefsteuerpolitik. Dringt der Kanton Zürich in diese Bereiche vor, so müssen diese Kantone ihre Steuern sofort wieder senken. Diese Kantone haben viel weniger Reiche als der Kanton Zürich und erhalten Geld aus dem Finanzausgleich. Sie können die Steuern viel einfacher senken als Zürich, da bereits viele Reiche hier leben. Der Spitzenplatz ist sofort wieder verloren. Dieses zusätzliche Anheizen des Steuerwettbewerbs führt dadurch zu keiner wirklichen Verbesserung im Steuerwettbewerb, gefährdet aber die Lebensqualität für alle.

Warum steigt der Strassenfonds so stark an?

Das ist eigentlich ganz einfach: die Einnahmen sind wesentlich höher als die Ausgaben. Die Einnahmen im Strassenfonds sind hauptsächlich die Verkehrsabgaben und der Zürcher Anteil an der LSVA. Aus dem Strassenfonds wird der Bau und der Unterhalt der Kantonsstrassen finanziert.

Was hat das mit den Steuern zu tun?

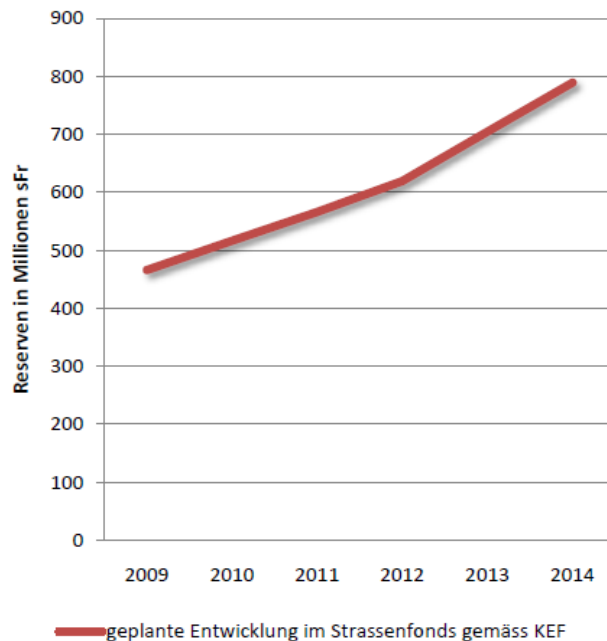
Auf den ersten Blick nichts. Auf den zweiten Blick ist es aber nicht verständlich, weshalb der Kanton einerseits die Einkommenssteuern soweit senken möchte, dass die Finanzierung der Schulen und Pflege nicht mehr gesichert ist und andererseits in seinen Fonds überflüssige Reserven aufbaut.

Wie soll dies verändert werden?

Die nachhaltige Steuerstrategie will, dass zukünftig auch die Gemeindestrassen aus dem Strassenfonds bezahlt werden. Damit werden die überflüssigen Reserven im Strassenfonds abgebaut und eine stabile Entwicklung wird möglich.

Plakate können beim kantonalen Sekretariat bezogen werden. In Kürze wird eine eigene Abstimmungshomepage mit einem Argumentarium und weiteren Informationen aufgeschaltet. Der Link wird über die Frontseite der kantonalen Homepage einsehbar sein.

Übertriebene Reserven abbauen



Abstimmungsparolen zum Urnengang vom 15. Mai 2011

Der kantonale Vorstand hat neben der Ja-Parole zu unserem Gegenvorschlag „für eine nachhaltige Steuerstrategie“ folgende Parolen für die Abstimmungen vom 15. Mai 2011 gefasst:

Nein zur Volksinitiative „Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich“ und Nein zur Standesinitiative „Stopp der Suizidhilfe!“

Als liberale Partei sehen wir es nicht als Aufgabe des Staates oder der Politik, ihren Bürgern vorzuschreiben, wie sie ihren Krankheitsverlauf zu bewältigen oder zu beenden haben. Das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen ist höher zu gewichten und ein Verbot klar abzulehnen. Die glp befürwortet es, dass die organisierte Sterbehilfe eine einheitliche Regelung auf nationaler Ebene erhält.

Auf Bundesebene ist bereits eine breite Vernehmlassung über die Regelung der organisierten Suizidhilfe abgeschlossen worden. Alle Kantone sowie diverse Parteien haben ihre Stellungnahmen abgegeben, auch die EDU konnte dort ihr Verbotsbedürfnis anbringen. Die Standesinitiative „Stopp der Suizidhilfe!“ ist somit nicht nur inhaltlich abzulehnen sondern auch innerhalb des bereits laufenden Prozesses unnötig.

Innerhalb dieses Prozesses braucht es keine voreiligen kantonalen Einzelmassnahmen – schon gar nicht ein Verbot des Sterbetourismus im Kanton Zürich. Dies würde zu absurden Situationen führen, die die Grünliberalen ablehnen. Deshalb empfiehlt die glp die Volksinitiative „Nein zum Sterbetourismus“ zur Ablehnung.

Nein zur Volksinitiative „Ja zur Mundart im Kindergarten“

Die glp ist der Meinung, dass die Mitte 2008 vom Bildungsrat festgelegte Regelung, dass im Kindergarten zu einem Drittel Mundart und zu einem Drittel Hochdeutsch unterrichtet werden soll, eine ausreichende Regelung ist. Eine zweijährige Vorübung mit einem Drittel Standardsprache bereitet den Erwerb der Schriftsprache vor, die in unserer Kultur und unserem Staatswesen von zentraler Bedeutung ist. Eine Begegnung mit Hochdeutsch im Kindergarten ist deshalb wertvoll und wichtig. Bereits heute hat es im Volksschulbereich genug Reglementierungen – es ist deshalb unnötig, mit neuen Gesetzen dem Bürokratismus Vorschub zu leisten.

Nein zur Volksinitiative „Tragbare Krankenkassenprämien für alle (Prämienverbilligung jetzt)“ und Ja zum Einführungsgesetz zum KVG

Die glp lehnt die Volksinitiative aus finanzpolitischen Gründen entschieden ab. Für das Jahre 2012 wäre mit Mehrkosten von knapp 60 Millionen Franken zu rechnen – zusätzlich macht es wenig Sinn, den Kantonsbeitrag nur für ein Jahr zu erhöhen, wie dies die Initiative will.

Aktuell wird die Prämienverbilligung bis tief in den Mittelstand hinein nach dem Giesskannenprinzip verteilt nach völlig falschen Anreizen. Solange dies der Fall ist und kein Systemwechsel vorgenommen wird, bei dem z.B. die echte wirtschaftliche Leistung einer Familie betrachtet wird (und nicht das steuerbare Einkommen von Einzelpersonen) erachtet die glp im Gegenteil zur Sanierung der Kantonsfinanzen eine Kürzung der Prämienverbilligung als zumutbar.

Prämienverbilligungen haben - wie andere Subventionen auch häufig - definierte Schwellen, die zu unsinnigen Optimierungsstrategien der Bezüger führt. Die glp wehrt sich gegen diese Schwelleneffekte, die dem Sinn der Unterstützung zuwider laufen. Unterstützungen sollen sich auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren.

Deshalb stimmen die Grünliberalen dem Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) zu.

Ja zum neuen Finanzausgleichsgesetz (FAG); Nein zum Referendum mit Gegenvorschlag „Für ein gerechtes Finanzausgleichsgesetz“

Ein Systemwechsel ist aufgrund einiger Fehlanreize in der heutigen Regelung dringend nötig. Die Vorlage des Kantonsrates stellt ein tragbarer Kompromiss für alle Beteiligten dar und bringt Verbesserungen sowohl für die zahlenden Gemeinden als auch für die Empfängergemeinden dar. Deshalb plädiert die glp für eine Annahme des neuen Finanzausgleichsgesetzes.

Der Gegenvorschlag mit der Kürzung des Zentrumlastenausgleiches sieht die glp als nicht gerechtfertigt an. Problematisch wäre die Kürzung aus standortpolitischer Sicht: Die Attraktivität des Kantons Zürich ist massgeblich von den beiden Grossstädten geprägt, welche den Bürgern der Landgemeinden umfangreiche Zentrumsfunktionen bieten, sei es beispielsweise als wichtiger Verkehrsknotenpunkt, mit ihrem breiten kulturellen Angebot und den vielfältigen Freizeitangeboten, welche auch von Personen, die nicht in der Stadt wohnen in Anspruch genommen werden. Diese Leistungen führen zu höheren Aufwendungen, welche mit dem Zentrumlastenausgleich abgegolten werden. Auch wenn Nutzen und Kosten sich nicht präzise berechnen lassen, sollte der bestehende Kompromiss nicht einseitig aufgekündigt werden, weil man die Politik der Stadt nicht gut findet. Dies sollte in der Stadt geändert werden und nicht zu Lasten der Standortattraktivität geopfert werden.

In der Stichfrage bevorzugen wir deshalb ebenfalls den Vorschlag des Kantonsrates.